



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Das Ministerium Sverdrup in Norwegen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Das Ministerium Sverdrup in Norwegen.

Nachdem, wie bekannt, infolge des famosen Reichsgerichtsurteils vom 27. Februar dieses Jahres König Oskar II. seinen Staatsminister Selmer des Amtes enthoben und mit Hilfe des Staatsrats Schweigaard ein Kompromißministerium gebildet hatte, ist auch dieses nach kurzen erfolglosen Versuchen, zu einem erträglichen modus vivendi mit der Storthingsmehrheit zu gelangen, den erneuten Angriffen der letzteren gewichen, und der König hat sich am 23. Juni d. J. entschlossen, den Führer der Opposition, den bekannten Bankdirektor Johann Sverdrup, mit der Bildung eines Ministeriums zu betrauen, welches den Anforderungen der Storthingsmajorität zu entsprechen sich bereit findet. Dieses Ministerium besteht aus folgenden Personen: Johann Sverdrup, Staatsminister und Marineminister, Professor Blix, Kultusdepartement, Staatsrat Daaerf (bisher Sorenschreiber), Kriegsminister, Staatsrat Arctander (bisher Lehnsmann), Inneres, Staatsrat Sörensen (bisher Sorenschreiber), Justiz, Staatsrat Haugland (bisher Händler und Bankverwalter, früherer Kommis) Finanzen. Generalkonsul Richter ist zum Staatsminister in Stockholm ernannt, wohin ihn der Abgeordnete Jakob Sverdrup (ein Neffe des obengenannten Johann Sverdrup) und der Assessor Stang als Staatsräte bei der Abtheilung des Staatsrats in Stockholm begleiten. Das Programm des Ministeriums Sverdrups lautet nach dem gemäßigt radikalen Christianiaer „Dagbladet“ folgendermaßen: Das Kabinet Sverdrup bedeutet die Lösung des konstitutionellen Konflikts und die praktische Durchführung der bedeutungsvollen Reformen, welche die Nation beinahe seit einem halben Menschenalter angestrebt hat. Das Kabinet will den Zutritt der Staatsräte zu den Verhandlungen des Storthings, die Erweiterung des Stimmrechts zu den Storthingswahlen, Einführung von Schwurgerichten und allgemeine Wehrpflicht durchzuführen ver-

Grenzboten III. 1884.

20

suchen. Außerdem soll die Förderung der materiellen und geistigen Entwicklung unter Wahrung der Sparbarkeit im Staatshaushalt, welche sich mit dem Prinzip des gleichmäßigen Fortschrittes vereinigen läßt, gefördert werden.

Der Führer der Opposition hat denn also durch seine jahrelang fortgesetzten Angriffe gegen die Regierung in der That das heiß ersehnte Ziel erreicht: er sitzt mit seinen Genossen auf den langbegehrten Ministersejdeln, der König hat sich — mit welchen Gefühlen, kann man sich vorstellen — endlich herabgelassen, dem erbitterten Gegner die Leitung der Regierung zu übertragen. Was dieser Schritt in Wirklichkeit für eine Bedeutung hat, ist klar: die Bestellung dieses Ministeriums ist nicht ein Kompromiß zwischen den Rechten der Krone und den Forderungen der Opposition, sondern ein vollständiger Verzicht der ersten auf ihre Rechte, welcher nur durch einige formelle Konzessionen der Opposition beschönigt werden soll. Wie schon in einem früheren Aufsatze in diesen Blättern (in Nr. 13 dieses Jahrganges) dargelegt wurde, handelt es sich in den bestehenden Konflikten zwischen der Krone und der Storthingsopposition hauptsächlich um drei Punkte: um die Aufrechterhaltung des absoluten königlichen Vetos in Verfassungsänderungsfragen (speziell um die Zulassung der Minister zu den Storthingsverhandlungen), um die Ausführung des Storthingsbeschlusses über die Volksbewaffnungsvereine (mit andern Worten um die Schaffung eines dem königlichen Befehle entzogenen Parlamentsheeres) und um die Aufnahme von zwei Storthingsmitgliedern in die zentrale Eisenbahnadministration. In allen diesen Punkten hat der König nachgegeben, und zwar im letzten Punkte ohne jede Einschränkung, im ersten Punkte in der Art, daß die Zulassung der Staatsräte zu den Storthingsverhandlungen vom Könige genehmigt wird, die Staatsräte aber erst nach dieser erfolgten Genehmigung bei den Beratungen des Storthings erscheinen, im zweiten Punkte in der Art, daß für die Volksbewaffnungsvereine gewisse Bürgschaften von Storting beschlossen werden, worauf die für sie gemachte Bewilligung vom Könige bestätigt wird.

Die Linke hat durch diese Vereinbarung in dem Kampfe mit der Krone vollständig gesiegt, denn die wenigen, ihren Forderungen beigefügten Einschränkungen sind rein formaler Natur und in der Sache selbst ohne alle Bedeutung. Daß das Kabinet Sverdrup beabsichtigt, die von ihm bisher verfolgten Grundsätze durchzuführen und damit die Demokratisierung des Reiches zu vervollständigen, ergibt sich aus dem oben angeführten Programm desselben, und daß das Storting in seiner Mehrheit durchaus gesonnen ist, seine früheren Wege weiter zu verfolgen, zeigt die Wahl des radikalen Rektor Steen zum Vorsitzenden an Stelle des abgegangenen Sverdrup. Die Macht des Königs ist mit der thatsächlichen Beseitigung des absoluten Vetos in Verfassungsfragen aufgehoben; die durch die Einrichtung einer einzigen Kammer begünstigte Herrschaft des Parlamentarismus wird durch die projektierte Ausdehnung des Wahlrechts auf früher politisch bedeutungslos gewesene Volksklassen zu gunsten der radi-

kalen Demokraten noch verstärkt; die Armee wird zufolge den früher im Storting angenommenen Sverdrupschen Gesetzentwürfen dem Milizsysteme genähert und durch die neben denselben zu errichtenden, dem königlichen Oberbefehle mehr oder minder entzogenen Volksbewaffnungsvereine vollends in ihrer Wirksamkeit gelähmt; durch die Einführung der Schwurgerichte wird die Integrität der Rechtspflege, namentlich in sogenannten politischen Prozessen, aufs schwerste gefährdet.

Das Zögern in Ergreifung einer entschlossenen Politik unmittelbar nach dem Abschlusse der schamlosen Reichsgerichtskomödie, wo der Zeitpunkt gegeben war, Macht gegen Macht zu stellen und die Anmaßungen der Opposition mit Energie niederzuschlagen, hat die nunmehrige Folge herbeigeführt, und es ist gegenwärtig keine Aussicht vorhanden, durch nachträgliches Betreten dieses Weges die erlittene Niederlage wieder gut zu machen. Man hätte sich vorher sagen sollen, daß durch Konzessionen und nachgiebige Behandlung eine verbissene radikale Opposition niemals gewonnen werden kann; ihre Forderungen wachsen nur mit jeder neuen Einräumung, und die noch so wohlgemeinte versöhnliche Behandlung wird nicht als friedliebende Gesinnung, sondern als Schwäche betrachtet, welche von einer derartigen Partei stets als Aufforderung zu neuen Angriffen angesehen wird. Principiis obsta! sollte hier vor allem als erster Grundsatz festgehalten werden; die Konzessionen sind aber jetzt gemacht und können nicht mehr zurückgenommen werden.

Welchen Eindruck die Ernennung des Ministeriums Sverdrup auf die konservativen Kreise Norwegens und Schwedens gemacht hat, ergibt sich aus den Nachrichten der betreffenden Tagesblätter: von dem „zu Ehren des Königs“ in Christiania unternommenen Festzuge der Linken haben sich mehrere der größeren Korporationen der Stadt, der Handelsverein, der Studentenverein, der Seemannsverein, ausgeschlossen; in Stockholm gaben die großen Zeitungen ihrer tiefen Niedergeschlagenheit über die Unterwerfung des Königs unter eine revolutionäre Partei des Unionsreiches hauptsächlich in der Äußerung von Besorgnis für die Zukunft Norwegens Ausdruck, während sie, teils mit Rücksicht auf den König, teils in der Einsicht, daß nach den vorangegangenen fortwährenden Konzessionen das Ende schließlich sein mußte, wie es geworden ist, ihrem Unmute keine stärkeren Worte verleihen. Die neuen norwegischen Staatsräte, welche — wie dies bei radikalen Ministerien ja sehr erklärlich ist — mit Ausnahme der beiden Staatsminister aus untergeordneten Stellungen ohne Kenntnis der Verwaltung und ohne Erfahrungen in die Regierung eingetreten sind, werden sehr abfällig beurteilt und haben denn auch weder in der Armee noch in der Marine einen Offizier gefunden, der sich hätte entschließen können, in demselben Ministerium mit ihnen zu sitzen.

Mag die von einigen Blättern aufgestellte Behauptung, daß dem schwedischen Staatsministerium, insbesondre dem Minister des Auswärtigen von Hochschild,

ein erheblicher Teil der Verantwortung für die eingeschlagene Friedenspolitik zur Last falle, richtig sein oder nicht — davon wird sich das schwedische Ministerium in seiner Tätigkeit mit den norwegischen Kollegen jedenfalls überzeugen können, daß es sich nicht empfiehlt, seine Freunde durch ungeeignete Nachgiebigkeit gegen die Feinde zu entmutigen und seine eigne Stellung durch fortwährende Konzessionen an die Gegner zu schwächen. Ob den Mitgliedern des Ministeriums Sverdrup, wenn sie einmal eine Zeit lang die Regierungsgeschäfte geführt haben werden, vielleicht auch noch die Einsicht kommen wird, daß man ein Land mit radikalen Fäseleien nicht zu seinem Wohle regiert, und daß, wenn man nicht gewissenlos handeln will, man als Minister den demokratischen Reden keine Folge geben kann, welche man als Abgeordneter ungestraft sich erlauben durfte, und ob es dadurch möglich werden wird, unter den obwaltenden Umständen die Union der beiden Königreiche auf die Dauer aufrechtzuerhalten oder ob das Ministerium Sverdrup zu dieser Einsicht nicht gelangen und demzufolge Norwegen auf der erreichten schiefen Ebene unaufhaltsam abwärts gleiten wird, bis es sich von seinem Nachbarreiche getrennt hat, das wird die Zukunft lehren.



Deutsche Kolonialpolitik.



ie Zeiten ändern sich, und wir ändern uns mit ihnen. Während des Feldzugs in Frankreich erklärte sich Bismarck entschieden gegen eine deutsche Kolonialpolitik. Es war in Versailles bei Tische, als er (vergl. Busch, Graf Bismarck und seine Leute, 6. Auflage, 2. Bd., S. 356) mit bezug auf ein Gerücht, welches uns die Absicht zuschrieb, im Frieden die Abtretung Pondicherys von den Franzosen zu verlangen, nachdem er andre Gründe für die Ungeschicktheit dieser Erfindung angeführt hatte, sagte: „Ich will auch gar keine Kolonien. Die sind bloß zu Versorgungsposten gut... Für uns in Deutschland — diese Kolonieggeschichte wäre für uns genau so wie der seidne Zobelpelz in polnischen Adelsfamilien, die keine Hemden haben,“ was er dann weiter ausführte.

Das war am 9. Februar 1871. Wir hatten damals in der That, um im Wilde zu bleiben, vor allen Dingen für Hemden, für Näherliegendes, für wichtigere Bedürfnisse zu sorgen, weit dringendere Fragen zu lösen, vor allem die mit dem Siege über Frankreich errungene neue Stellung Deutschlands im Kreise der Staaten und Nationen zu sichern, das eben geschaffene deutsche Reich